

Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer

Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft

GREENPEACE

VISIT…

LANZAROTE
Caliente.COM

Der kurze Weg in den Klima-Kollaps

Gleich zu Jahresbeginn prognostizierte der nationale Wetterdienst Großbritanniens, das Jahr 2007 werde das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen werden. Die britischen Wissenschaftler schätzen, dass die weltweite Durchschnittstemperatur um 0,54 Grad über dem langjährigen Mittelwert von 14 Grad liegen werde. Den Rekord hält bislang das Jahr 1998 mit einem Durchschnittswert von 14,52 Grad. Das ähnlich warme Jahr 2005 ging mit 14,65 Grad in der nördlichen Hemisphäre in die Rekordstatistiken der Meteorologen ein.

Die Aufheizung der Atmosphäre wird auch durch Befunde des Deutschen Wetterdienstes bestätigt. Kurz vor Neujahr meldete der DWD, das Jahr 2006 sei eines der wärmsten Jahre in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahre 1901 gewesen, der Monat Juli der heißeste überhaupt. Mit 9,5 Grad lag die Durchschnittstemperatur um 1,3 Grad Celsius über dem langjährigen Durchschnitt von 8,2 Grad.

Internationale Klimaexperten sind sich einig, dass der weltweite Temperaturanstieg unter zwei Grad Celsius bleiben muss, wenn die Auswirkungen des Klimawandels beherrschbar bleiben sollen. Doch der Zeitkorridor für eine wirksame Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase wird immer schmaler. Bereits im vergangenen Jahrhundert ist die Durchschnittstemperatur der Erde um 0,8 Grad gestiegen. Die Experten des UN-Fachgremiums Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erwarten bis 2100 einen weiteren Anstieg um bis zu 6,4 Grad. Angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels könnte die gefährliche Zwei-Grad-Grenze schon in wenigen Jahren überschritten werden. Die Folgen sind bekannt und schon heute wahrnehmbar: längere Dürreperioden und vermehrte Stürme, ein massiver Rückgang der Ernteerträge, ein Abschmelzen von Polkappen und Gletschern, ein Anstieg des Meeresspiegels, die Ausbreitung von Krankheiten und erhöhte Gesundheitsrisiken. Allein der Rekordsommer 2003 in Europa hat 35.000 Menschen das Leben gekostet.

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat sich die Europäische Union 1997 verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen in ihren damals 15 Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2008 bis 2012 um acht Prozent zu senken – gemessen am Niveau von 1990. Die 2004 beigetretenen Neumitglieder werden ihre individuellen Klimaschutzziele trotz zuletzt leicht wieder ansteigender Emissionen voraussichtlich einhalten. Die EU-15 aber haben bislang nur eine Verringerung um 1,2 Prozent erreicht. Ohne verstärkte und konsequent umgesetzte Maßnahmen wird die EU ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Vertrag nicht einlösen können.

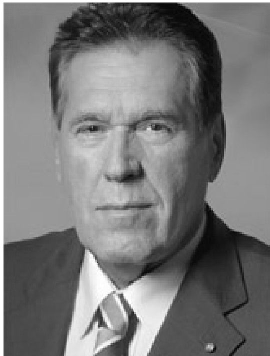
Mit Abstand größter Emittent in Europa ist Deutschland, das deshalb auch einen Hauptteil der Minderungspflichten zu tragen hat. Um 21 Prozent gegenüber 1990 sollen die Treibhausgasemissionen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 zurückgehen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn Deutschland sich an die Auflagen der EU hält und seinen CO_2-Ausstoß weiter deutlich reduziert. Bundeswirtschaftsministerium und Energieversorger protestierten. Sie nehmen in Kauf, dass der Klimaschutz der EU ins Leere läuft. Dabei wird ohnehin noch viel zu wenig getan, um die katastrophalen Folgen des Klimawandels abzuwenden.

Ehrgeizigere Ziele, als bislang von Bundesregierung und EU-Kommission formuliert, sind über 2012 hinaus notwendig, um bedrohliche, nicht umkehrbare Klimaschäden zu vermeiden:

- **Deutschland muss seinen Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent senken.**
- **Die EU muss sich zu einer Vermeidung von 30 Prozent bis 2020 verpflichten.**
- **Die weltweiten Emissionen müssen bis 2050 halbiert werden.**

Deutsche Klimabremsen

Wichtigstes Instrument für den europäischen Klimaschutz ist der Emissionshandel. In Abstimmung mit der EU-Kommission legen die jeweiligen Gesetzgeber nationale Höchstmengen für die CO_2-Emissionen aus Anlagen der Energiewirtschaft und der emissionsintensiven Industrie fest. Für die Emissionsperiode 2008 bis 2012 wollte die Bundesregierung sich Emissionen von 482 Millionen Tonnen genehmigen lassen. Die EU erlaubte in ihrem Bescheid vom November 2006 lediglich 453 Millionen Tonnen. Als äußersten Kompromiss bot Bundesumweltminister Sigmar Gabriel im Dezember 2006 eine Reduktion auf 465 Millionen Tonnen an. Doch dem Bundeswirtschaftsministerium und den Verbänden von Industrie und Energiewirtschaft ging das viel zu weit. Michael Glos zog eine Klagedrohung gegen die EU-Kommission erst zurück, nachdem sich Bundesumweltminister Gabriel im Februar 2007 auf die Mengenbegrenzung einließ. Glos und die vier großen deutschen Energieversorger lassen keine Gelegenheit aus, eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken zu fordern – angeblich aus Klimaschutzgründen.



Michael Glos ist mit der deutschen Energiewirtschaft gut vertraut. Glos war bis zum 31.12.2004 Mitglied im Beirat der E.ON Bayern AG und Mitglied im Beirat der Thüga AG, die zu mehr als 80 Prozent der E.ON Ruhrgas AG gehört. Bis zu seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister im November 2005 war er Vorstandsvorsitzender der Unterfränkischen Überlandzentrale in Lülsfeld. Die Genossenschaft versorgt in den Landkreisen Schweinfurt, Kitzingen, Main-Spessart, Haßberge und Würzburg 143 Ortschaften mit Strom. Mehr als 80 Prozent ihres Stroms bezieht die ÜZ von der E.ON Bayern AG. Seine unternehmensfreundliche Position zur Klimaschutzpolitik behielt er bei. Im Sommer 2006 verlangte Glos vergeblich eine drastische Senkung der Strafgebühren für die Überschreitung genehmigter CO_2-Mengen. Die Vorgaben der EU-Kommission erklärte er im November für „völlig inakzeptabel“[1] und warf der EU-Kommission auf der 14. Handelsblatt-Jahrestagung „Energiewirtschaft 2007“ im Januar vor, ausgerechnet die Regeln des nationalen Allokationsplans anzugreifen, „...die für langfristige Planungs- und Investitionssicherheit bei Kraftwerksneubauten sorgen sollen.“[2]

Der Energiemarkt in Deutschland wird von vier großen Unternehmen beherrscht, der E.ON AG, der RWE AG, der Vattenfall AG und der EnBW AG. Sie teilen sich über 80 Prozent der Stromerzeugung und 100 Prozent der Netze. Allein RWE und E.ON sind zusammen an mehr als 210 regionalen Versorgern und Stadtwerken beteiligt. Drei Viertel des deutschen Gasmarktes werden allein von diesen beiden Unternehmen kontrolliert. Die „großen Vier“ haben die Energieversorgung in Deutschland praktisch regional untereinander aufgeteilt. Dieses Oligopol ist das Ergebnis der radikalen Liberalisierung des Energiemarktes auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes von 1998. Das ist kein Zufall, denn die großen Energieversorger haben kräftig an diesem Gesetz und seiner Novellierung 2005 mitgestrickt.

Die Konzerne behielten nämlich ihre Strom- und Gasleitungen, durften sich bei der Regelung des Netzzugangs für Dritte und der Preisgestaltung auch noch selbst beaufsichtigen und drängten neue Anbieter auf diese Weise schnell wieder vom Markt. Erst auf Druck und nach Abmahnung durch die EU kam 2005 nach jahrelangen zähen Verhandlungen eine Energierechtsnovelle zustande, deren zentrales Element die Einrichtung einer Regulierungsbehörde war. Energieversorger und Ministerialbürokratie arbeiteten schon im Vorfeld bestens zusammen. So erwirkte E.ON Veränderungen im Gesetzentwurf, als dieser noch in der streng geheimen Erarbeitungsphase war. Und RWE diktierte den Beamten des Wirtschaftsministeriums gleich ganze Textpassagen in der Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungs netzen in die Feder. Mittlerweile droht die EU erneut mit rechtlichen Schritten.

Ähnlich erfolgreich wirkten die Energieversorger auch bei der Ausgestaltung des Emissionshandels. Sie erhielten die Emissionszertifikate nicht nur kostenlos und schlugen ihren Ausgabewert ungeniert auf ihre Preise auf, sie erhielten auch noch viel zu viel davon. Die Konzerne fuhren riesige Gewinne ein. Der Zertifikatspreis aber ist Ende Januar 2007 auf weniger als drei Euro gesunken. Es kostet so wenig wie nie seit Beginn des Emissionshandels, Kohlendioxid in die Luft zu blasen. Auf dem Spiel steht der Emissionshandel – und damit der Klimaschutz der EU.

Bestens vernetzt – Energiekonzerne und hohe Politik

Energieversorger belohnen ihr Personal für die Wahrnehmung politischer Aufgaben und erfolgreiche Politiker, die in ihrem Sinne arbeiten, mit lukrativen Ämtern in ihren Unternehmen. Hunderte von Politikern und Ex-Politikern sitzen in Bei- und Aufsichtsräten der großen Energiekonzerne, arbeiten beratend für das Geschäft mit Strom und Gas bei Agenturen, Kanzleien oder als Selbständige. Die Verknüpfung hat Tradition, denn die Kommunen waren und sind meist noch Anteilseigner an den Regionalmonopolen der „großen Vier". Besonders bei RWE und EnBW sind diese – aus dem Konzessionsrecht der Gemeinden historisch gewachsenen – Strukturen unübersehbar. Die Kommunalpolitiker füllen mit den Aktiengewinnen der Energieversorger nicht nur ihre leeren Stadtsäckel, sondern mit großzügigen Sitzungsgeldern oft auch ihre eigenen Hosentaschen. Hinzu kommen noch die Vertreter der Gewerkschaften, die im Kampf um Arbeitsplätze häufig genug inhaltliche Politik im Sinne der Energieversorger machen.

Selten sind diese Verflechtungen so spektakulär wie bei der Übernahme der Ruhrgas AG durch E.ON. Gegen das Votum von Bundeskartellamt und Monopolkommission erteilten 2002 der damalige Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und sein Staatssekretär Alfred Tacke „aus Gründen des überragenden Interesses der Allgemeinheit" eine Ministererlaubnis zur Fusion des größten deutschen Stromkonzerns mit dem größten deutschen Gaskonzern. Wenig später wechselten beide auf Vorstandsposten bei Beteiligungsunternehmen der begünstigten Konzerne.



Werner Müller begann seine Berufslaufbahn als Referatsleiter Marktforschung bei der RWE AG. Ab 1980 war er im Vorstandsstab des Energiekonzerns Veba AG (Vorläufergesellschaft der E.ON) tätig und wurde dessen Generalbevollmächtigter. 1992 wechselte er in den Vorstand der Tochtergesellschaft Veba Kraftwerke Ruhr AG und war dort zuständig für Energiekauf und -verkauf, Fernwärme und die Entsorgungssparte. 1997 machte er sich als Industrieberater selbständig. Nach der Bundestagswahl 1998 holte ihn der designierte Kanzler Gerhard Schröder erst beratend zu den Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen hinzu und machte ihn anschließend zum Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Die beiden kannten sich von früher, denn Müller hatte den damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten schon Anfang der 90er Jahre bei den Energiekonsens-Gesprächen beraten. Müller war für die rot-grüne Bundesregierung an den Verhandlungen zum Ausstieg aus der Atomenergie beteiligt. Erst 2005 wurde bekannt, dass er schon 2002 eine Rente von E.ON bezogen hatte.

Als in der zweiten Legislaturperiode der Regierung Schröder keine Verwendung mehr für ihn bestand, wechselte Müller zum 1. Juni 2003 auf den Posten des Vorstandsvorsitzenden der RAG AG. Er hat den Konzern mittlerweile zu einem weltweit tätigen Chemie- und Energieunternehmen umgebaut und plant für 2007 den Börsengang. Die Altlasten und Pflichten aus der Steinkohleindustrie möchte er gern dem Staat überantworten. Im Vorfeld des Energiegipfels überwies die RAG im Februar 2006 100.000 Euro an die SPD und 70.000 Euro an die CDU.[3] Die CSU soll 30.000 Euro und die FDP 50.000 Euro bekommen haben.[4]



Alfred Tacke war einer der engsten Vertrauten Gerhard Schröders in Wirtschaftsfragen. Schröder holte ihn als Koordinator für Wirtschaftspolitik in die niedersächsische Staatskanzlei. Schon ein Jahr später stieg Tacke zum beamteten Staatssekretär für Wirtschaft, Technologie und Verkehr in Hannover auf. Im Gefolge Schröders wurde Tacke zum beamteten Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium befördert. Auch Tacke war an den Atomausstiegs-Verhandlungen maßgeblich beteiligt und erteilte 2002 an Stelle seines Ministers, der sich als ehemaliger Veba-Manager für befangen erklärt hatte, die Ministererlaubnis zur Fusion von E.ON und der Ruhrgas AG. Unter Müllers Nachfolger Wolfgang Clement musste Tacke das Energiereferat an dessen Gefolgsmann Georg Wilhelm Adamowitsch abgeben. Zum 1. Dezember 2004 wechselte Tacke in den Vorstand der Steag AG, einer Tochter der RAG, übernahm zum 1. Januar 2005 den Vorstandsvorsitz, und ist seit der

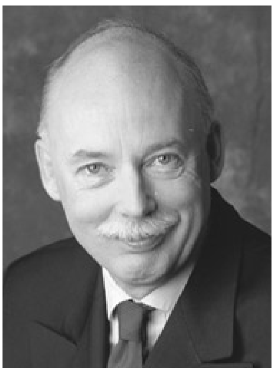
Umwandlung der Aktiengesellschaft in eine GmbH im Januar 2007 Vorsitzender der Geschäftsführung. Die Steag ist der fünftgrößte Stromversorger in Deutschland. Vorsitzender im Aufsichtsrat: Dr. Werner Müller.

Nach der Bundestagswahl 2002 übernahm Wolfgang Clement das neue sogenannte Superministerium, das aus der Zusammenlegung von Wirtschafts- und Arbeitsministerium geschaffen worden war. Trotz des neuen Zuschnitts seines Ressorts lag einer seiner Hauptschwerpunkte auf der Novellierung des Energiewirtschaftsrechts und der Einführung des Emissionshandels.



Wolfgang Clement wechselte 1989 aus dem Journalismus auf den Posten des Chefs der Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen. Nach der Landtagswahl 1995 wurde er zum Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr ernannt. 1998 folgte er dem zum Bundespräsidenten gewählten Johannes Rau ins Amt des Ministerpräsidenten. Im Herbst 2002 holte ihn Schröder in sein Bundeskabinett.

Im Spagat zwischen Energieversorgern und industriellen Großabnehmern von Energie setzte er bei der Überarbeitung des Energiewirtschaftsgesetzes durch, dass die Industrie eigene Preisabsprachen mit den Energiekonzernen treffen kann. Den Ausgleich zahlen seitdem private Kleinkunden mit hohen Preisaufschlägen. Wolfgang Clement und sein ebenfalls der Energiewirtschaft nahe stehender Staatssekretär Adamowitsch sind zudem verantwortlich für die mangelhafte Ausgestaltung des Emissionshandels in der Periode von 2005 bis 2007. Sie sorgten dafür, dass die Emissionen nur geringfügig gesenkt werden mussten und setzten zahlreiche industriefreundliche Sonderregeln durch.Nach dem Ende der rot-grünen Bundesregierung nahm Clement mehrere Posten in der Wirtschaft an, darunter im Februar 2006 den Posten als Aufsichtsrat der RWE Power AG.



Georg Wilhelm Adamowitsch wechselte nach diversen Stationen in der Staatskanzlei und beim Landesumweltministerium in NRW 1996 als Beauftragter für Bundes- und Europaangelegenheiten zum Energiekonzern VEW AG nach Dortmund. 1999 kehrte er als Staatssekretär für Energie und Verkehr im Landeswirtschaftsministerium nach Düsseldorf zurück und war bis 2002 Chef der Staatskanzlei. Anschließend ging er mit Clement nach Berlin. Er soll die großen Energieversorger stets vorab mit Informationen und Verordnungsentwürfen versorgt haben. Unter Glos musste Adamowitsch im Spätsommer 2006 seinen Schreibtisch räumen.



Auch Bundeskanzler **Gerhard Schröder** zog es nach dem Regierungswechsel 2005 in die Energiewirtschaft. Seit März 2006 ist er Aufsichtsratsvorsitzender bei der NEGP Company, die eine Pipeline von russischen Gasfeldern durch die Ostsee nach Deutschland plant – ein Projekt, das Schröder während seiner Kanzlerschaft aktiv gefördert hatte. Anteilseigner sind mit 51 Prozent der russische Gaskonzern Gazprom und mit jeweils 24,5 Prozent die E.ON AG und der Chemiekonzern BASF AG.
Nebenher berät der Ex-Bundeskanzler noch seinen Ex-Bundeswirtschaftsminister Werner Müller beim geplanten Börsengang der RAG. Wie es heißt: ehrenamtlich.



Umgekehrt gelangen auch Mitarbeiter der Energieversorger auf einflussreiche Positionen in der Politik.
Hermann Josef Arentz, Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse und Kandidat für einen Ministerposten in Düsseldorf, trat im Dezember 2004 von seinem Amt zurück und verzichtete auf eine erneute Kandidatur zum Landtag in Nordrhein-Westfalen, als bekannt wurde, dass er neben seinen Diäten ein zweites Gehalt von RWE bezog. Arentz stand seit 1992 auf der Gehaltsliste der Rheinbraun AG, heute RWE Power AG, und erhielt 60.000 Euro jährlich sowie kostenlose Stromlieferungen, ohne dass irgendeine Gegenleistung erkennbar war.
Ein ähnlicher Fall ist sein Kollege **Laurenz Meyer**. Der aber sitzt immer noch als wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag (siehe S. 10).

Gewerkschaften – Nichts dazugelernt bei der Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie?

In den Aufsichtsräten der Energieversorger sitzen Dutzende von Gewerkschaftern als Vertreter für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Die meisten gehören entweder der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) oder dem Fachbereich Ver- und Entsorgung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di an. Bei den beiden größten Unternehmen E.ON und RWE sitzt sogar jeweils einer der beiden Bundesvorsitzenden im Aufsichtsrat.



Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE, ist seit der Fusion von VEBA und VIAG im Jahr 2000 stellvertretender Aufsichtsratschef der E.ON AG. Den Posten des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden nimmt er u.a. auch bei der RAG AG, der RAG Coal International AG und der BP AG ein.

In den zentralen Positionen der IG BCE zur deutschen Energiepolitik heißt es: „Angesichts der international gestiegenen Energiepreise und der zunehmenden Versorgungsrisiken muss die deutsche Energiepolitik alle vorhandenen Versorgungsoptionen offen halten; einzelne Energieträger dürfen nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben werden. … Dabei müssen die heimischen Energieträger Steinkohle und Braunkohle als bedeutende Sicherheitsfaktoren erhalten bleiben und einen wesentlichen Anteil der Stromerzeugung abdecken. … Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Verbraucher dürfen durch Subventionen für erneuerbare Energien nicht über Gebühr belastet werden. Der Emissionshandel in Deutschland muss im europäischen Rahmen geregelt werden. … Nationale Alleingänge und das Streben nach einer deutschen Vorreiterrolle dienen weder der Ökologie noch der Ökonomie und somit auch nicht den sozialen Interessen insbesondere der Arbeitnehmer.“

Als die EU-Kommission bekannt gab, Deutschland für die Emissionshandelsperiode 2008 bis 2012 nur 453 Tonnen Kohlendioxid genehmigen zu wollen, bezeichnete Schmoldt in einer Presseerklärung vom 12. Dezember 2006 die Klimapolitik der EU-Kommission gar als „Arbeitsplatzvernichtungsprogramm für die Energiewirtschaft“ und beschuldigte die EU, angesichts der geplanten Verknappung von Emissionszertifikaten einer „De-Industrialisierung Europas“ Vorschub zu leisten.



Frank Bsirske ist seit 2001 Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Noch im Januar 2001 wurde er als Vorsitzender der ÖTV, einer der Gründungsorganisationen von ver.di, Mitglied im Aufsichtsrat der RWE. Seit dem Geschäftsjahr 2002 ist er stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates.

1988 und wiederholt 1996 sprach sich die Gründungsgewerkschaft ÖTV für einen geregelten Ausstieg aus der Atomenergie aus.

2005 sprengte Bsirske diesen innergewerkschaftlichen Konsens. „Mehr Realismus in der Energie- und Umweltpolitik erforderlich“ verlangte ein Positionspapier, das Bsirske gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Hubertus Schmoldt, sowie den vier großen Energieversorgern EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall Europe veröffentlichte. Darin wurde gefordert, dass „einzelne Energieträger … nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben werden“ dürften (gemeint war vor allem die Atomenergie) und dass die „sicher kalkulierbaren und damit preis- und kostendämpfend wirkenden heimischen Energieträger in ihrer Wirkung nicht zu beeinträchtigen“ seien (gemeint waren Braun- und Steinkohle). In Bezug auf die Klimapolitik forderten die Autoren, dass angesichts der Nichtbeteiligung großer Emittenten wie der USA, Australien, China und Indien das Kyoto-Protokoll nach 2012 nicht einfach fortgeschrieben werden könne. Ziel müsse ein „deutliches Sinken des

CO_2-Preises“ sein und eine „dauerhaft gesicherte, brennstoffspezifische und kostenlose Ausstattung mit Emissionsrechten insbesondere für entstehende moderne Kohle- und Gaskraftwerke…“.

Nach heftigen Protesten von Gewerkschaftsmitgliedern und Umweltschützern gegen diesen Schulterschluss mit den großen deutschen Energieversorgern ruderte Bsirske halbherzig zurück.

Das hinderte ihn nicht daran, sich im Dezember 2006 erneut mit einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Bresche zu werfen und Investitionssicherheit für neue „umweltfreundliche“ Kohlekraftwerke in Deutschland zu fordern. „Die Entscheidung der EU-Kommission zum deutschen Klimaschutzplan (NAP) gefährde die geplanten und teilweise bereits in Angriff genommenen Großinvestitionen in die deutsche Energieinfrastruktur“ heißt es in einer Presseerklärung vom 10. Dezember 2006. Im gemeinsam mit den Vorsitzenden der IG BCE, der IG Metall und der IG Bauen, Agrar, Umwelt formulierten Schreiben an Frau Dr. Merkel vom 11. Dezember heißt es: „Wir fordern Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesregierung die … Auflagen der EU-Kommission nicht akzeptiert.“

Diese Forderung liegt ganz auf der Linie des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), der in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel vom 14. Dezember 2006 verlangte, „zum ursprünglichen NAP II-Beschluss zurückzukehren, keine weitere Kürzungen vorzunehmen, den Brüsseler Plänen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen…“. Zu den persönlichen Unterzeichnern des Briefes gehörten auch die vier Vorstands-Vorsitzenden von EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall.

Auch der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), dem alle vier großen Energieversorger angehören, erklärte die geplante Verringerung der Emissionszertifikate für „inakzeptabel“[5]. Wirkungsvoller Klimaschutz brauche nicht ständig neue Einsparziele.[6]

Am 7. Februar 2007 lud ver.di die Beschäftigten der deutschen Energiewirtschaft zur Demonstration nach Berlin ein, um „gegen Preisregulierung und eine Anreizregulierung, die die Netzbetreiber stranguliert“, „gegen unfaire Behandlung deutscher Kraftwerke beim Emissionshandel“, „gegen den Zwangsverkauf der Netze“ zu protestieren. Redner Bsirske betonte die dramatischen Folgen der globalen Erwärmung, die „... vor allem durch die Verbrennung kohlenstoffhaltiger Brennstoffe wie Öl, Kohle und Gas ausgelöst“ werde. Aber schon wenige Sätze später plädierte er dafür, „heimischen Energieträgern Vorrang zu geben“ und „Braunkohle zur Bereitstellung der Stromgrundlast einzusetzen“.[7]

Der lange Arm des Lobbyismus reicht bis nach Brüssel

Rolf Linkohr war von 1979 bis 2004 Europaabgeordneter für die SPD und ist seither als Sonderberater für den EU-Kommissar für Energie, Andris Piebalgs tätig. Von 1994 bis 2004 war Linkohr der Präsident und ist heute Ehrenvorsitzender des European Energy Forum (EFF), eines Zusammenschlusses von EU-Abgeordneten und Unternehmen. Das EEF wird von der Energiewirtschaft finanziert. Das Dinner zum Abschied Linkohrs aus seinem Präsidentenamt wurde von EnBW gesponsort.[8] 2005 gründete er das Centre for European Energy Strategy (C.E.R.E.S.), das große Energieunternehmen in Lobbyfragen berät. Linkohr sitzt im Aufsichtsrat der Vattenfall Europe Mining AG und ist Mitglied in den Beiräten der EnBW AG, der zu EnBW gehörenden Energiedienst Holding AG und der Hitachi Power Europe AG. Darüber hinaus ist er Ehrenmitglied der Kerntechnischen Gesellschaft.



Anfang 2006 sorgte ein Diskussionspapier „deutscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ aus Brüssel für Wirbel im Berliner Willy-Brandt-Haus. Darin hieß es: „Um unsere ehrgeizigen energiepolitischen Ziele in Europa in den nächsten Jahrzehnten zu erreichen, müssen wir mit Energie intelligenter umgehen: CO_2-freie Kohlekraftwerke, sichere Kernenergie und erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zum effizienteren Umgang mit Energie müssen gleichermaßen entwickelt werden.“[9] Der größte Teil der Erstunterzeichner, darunter Linkohr, entpuppte sich bei näherem Hinsehen jedoch als Energielobbyisten mit SPD-Parteibuch.

Auch amtierende Abgeordnete flechten mit

Im Juni 2005 beschloss der Bundestag mehrheitlich die Veröffentlichungspflicht für die Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Danach müssen die Abgeordneten dem Bundestagspräsidenten sämtliche Einkünfte melden, die 1000 Euro im Monat oder 10.000 Euro im Jahr übersteigen. Veröffentlicht aber wird nur, ob diese Nebeneinkünfte unter 3.500 Euro, bis zu 7.000 Euro oder über 7.000 Euro im Monat betragen. Der CDU-Abgeordnete Norbert Lammert stimmte damals dagegen.

Nach den Neuwahlen zum Bundestagspräsidenten gewählt, erklärte Lammert im Dezember 2005, dass die Verhaltensrichtlinien auch für den 16. Deutschen Bundestag Gültigkeit hätten und kündigte an, dass sie nach einer Frist von drei Monaten im Handbuch des Deutschen Bundestages veröffentlicht würden. Am 10. März 2006 gab Lammert bekannt, wegen der Klagen von sechs Abgeordneten vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) diese Veröffentlichungen zunächst auszusetzen. Es focht ihn nicht an, dass das BVG erklärte, dass die Organklage der Abgeordneten keine aufschiebende Wirkung habe und einer Veröffentlichung damit nichts im Wege stünde. Zu den Klägern gehört auch der als Anwalt für die RAG tätige CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Merz.

Im neuen Abgeordnetengesetz heißt es, dass die Ausübung des Bundestagsmandats „im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Bundestages“ stehen müsse. Lammert ließ im August 2006 ein Gutachten vorlegen, wonach nicht die zeitliche Beanspruchung oder die Höhe der Einkünfte ausschlaggebend sei, sondern allein die Prüfung des Gewissens. Das hatte der Gesetzgeber 2005 allerdings anders gesehen. Und auch das BVG deutete in der ersten Verhandlung im Oktober 2006 an, dass es den Sachverhalt anders betrachte. Ein Urteil wird erst im Frühjahr 2007 erwartet.

Nur wenige Bundestagsabgeordnete haben ihre Nebeneinkünfte bislang freiwillig im Bundestagshandbuch oder auf ihren persönlichen Internetseiten offen gelegt.



Norbert Lammert ist seit 1980 Mitglied des Bundestages. Von 1994 bis 1997 war er parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Seit Mai 2004 sitzt Lammert im Aufsichtsrat der RAG AG. Seine Vergütung von 25.000 Euro führt er nach eigenen Angaben an die Norbert-Lammert-Stiftung ab, die von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung verwaltet wird. Letztere wiederum fördert Projekte in den Bereichen Politische Bildung, Nachwuchs, Kunst und Entwicklungshilfe.

Neben vielen anderen Ehrenämtern ist Lammert auch im Kuratorium der Ruhr-Universität Bochum aktiv, in dem er regelmäßig auf Ulrich Middelmann, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der ThyssenKrupp AG und Aufsichtsratsmitglied bei der RAG AG und E.ON Ruhrgas AG, trifft.



Amtierende Minister dürfen laut Gesetz keiner zusätzlichen Erwerbstätigkeit nachgehen. Das bedeutet aber nicht, dass es bis zum Amtsantritt keine direkten Kontakte zur Energiewirtschaft gegeben hätte. Wie Bundeswirtschaftsminister Glos hat auch der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Horst Seehofer**, eine energiepolitische Vergangenheit. Von 2002 bis 2004 war Seehofer energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dabei trat er hauptsächlich als Atomkraftbefürworter in Erscheinung.[10] In der Debatte im Bundestag zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im April 2004 forderte er die Befristung der Fördermaßnahmen bis Ende 2007 und behauptete: „...nur mit günstigeren Preisen können wir wesentlich mehr für den Klimaschutz erreichen als allein mit der Förderung der erneuerbaren Energien.“ Bis zu seinem Amtsantritt im November 2005 nahm Seehofer ein Aufsichtsratsmandat bei der Donau-Wasserkraft AG in München wahr. Das Unternehmen mit dem umweltfreundlichen Namen ist vollständig im Besitz der E.ON Energie AG.

Der SPD-Abgeordnete **Rolf Hempelmann** sitzt seit 1994 im Bundestag, ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und seit 2003 energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion. Hempelmann ist



Präsident des Fußball-Zweitligisten Rot-Weiss Essen. In dessen Aufsichtsrat saß bis November 2006 RWE-Cheflobbyist Volker Heck. Seinen Platz hat seitdem Rolf Friedewald inne, Leiter Marketing der RWE Energy AG. Haupt- und Trikotsponsor von Rot-Weiss Essen ist die STEAG AG. Als Premium Partner im Kreis der Sponsoren firmiert auch die RWE AG, die finanziell die Jugendarbeit des Vereins unterstützt.

Nebenbei sitzt Hempelmann auch seit Mai 2005 im Beirat der Hitachi Power Europe GmbH (HPE). Das Unternehmen baut Kernkomponenten für fossil befeuerte Kraftwerke oder schlüsselfertige Kraftwerke. Der Beirat der HPE vereint eine illustre Gesellschaft: Bernhard Fischer (Vorstand E.ON Energie AG), Reinhard Hassa (Vorstand Vattenfall Europe AG), Johannes F. Lambertz (Vorstand der RWE Power AG), Rolf Linkohr (s.o.) und Joachim Pfeiffer, energiepolitischer Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „An der Erneuerung der deutschen und europäischen Kraftwerksflotte wird die HPE erheblich mitwirken“, teilt das Unternehmen auf seiner Internetseite mit.[11]

Hempelmann sieht im Emissionshandel ein Instrument zur Beförderung des Neubaus von Kraftwerken, so z.B. in der Bundestagsdebatte vom 2.4.2004 zum EEG: „Im Verbund mit dem Instrument des Emissionshandels wird es im deutschen Kraftwerksbau zugleich eine Investitionswelle geben. Wir haben die Rahmenbedingungen so gesetzt, dass es im deutschen Kraftwerksbau sowohl im Bereich von Braunkohle, von Steinkohle als auch von Gas zu Ersatzinvestitionen kommen wird.“ Der Online-Zeitschrift Telepolis erklärte er in einem Interview vom 11.8.2005: „…wir haben gerade beim Emissionshandel Rahmenbedingungen gesetzt, die dafür sorgen, dass es weiterhin Braunkohlekraftwerke in Deutschland geben wird.“[12] Und in der Bundestagsdebatte vom 22.9.2006 betonte er: „Insofern ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir ein möglichst großes Angebot bekommen, also möglichst viele neue Kraftwerke.“ Und weiter: „Wir wollen den Ausbau der Netze, wir wollen den Ausbau des Kraftwerksparks. Dazu bedarf es eines anständigen Investitionsklimas.“ In einer Pressemitteilung vom 24.11.2006 bezeichnete er die Forderungen der EU-Kommission zum Emissionshandel als „nicht akzeptabel“.

Joachim Pfeiffer ist seit 2002 im Bundestag und energiepolitischer Koordinator der CDU/CSU-Fraktion. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Pfeiffer ist freiberuflicher kaufmännischer Berater. Er gehört zu jenen Mitgliedern des Bundestages, die ihren Beruf weiterhin zusätzlich zu ihrer Abgeordnetentätigkeit ausüben. Wie sein Kollege Hempelmann ist Pfeiffer Mitglied im Beirat der Hitachi Power Europe GmbH.



Pfeiffer kennt die Energiewirtschaft aus eigener Erfahrung gut. Von 1992 bis 1997 war er bei der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS) beschäftigt, die zum 1. Januar 1997 mit der Badenwerk AG zur EnBW fusionierte. Im Strommix der EnBW nimmt die Atomenergie mit 55 Prozent den größten Anteil ein. Seit 2006 ist Pfeiffer Lehrbeauftragter für Energiepolitik am Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart.

Joachim Pfeiffer ist ein vehementer Befürworter der Laufzeitverlängerung bei Atomkraftwerken: „Mit unserer Atompolitik sind wir keine Vorreiter, sondern die letzten Mohikaner.“[13] Ohne Unterscheidung zwischen Stromproduktion und Energieproduktion erklärte er am 18.01.2007 im Bundestag: „Wir können durch eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke erreichen, im Jahr 2020 60 Prozent des Stroms emissionsfrei zu erzeugen, nämlich 30 Prozent aus Kernenergie und 30 Prozent aus erneuerbaren Energien.“

In der ersten Beratung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes am 16.01.2004 im Bundestag sagte Pfeiffer: „Das (i.e. die Umsetzung der EU-Richtlinie zum Kyoto-Protokoll, d.A.) … bedeutet für die Industrie in Deutschland … eine Katastrophe; denn Deutschland trägt im Rahmen des europäischen Burden Sharing fast 75 Prozent aller zu erzielenden Einsparungen bei den CO_2-Emissionen. Die Folge ist also eine einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft. Das Ganze wird noch dadurch verschlimmert, dass Sie die Chancen, die die flexiblen Instrumente Joint Implementation und Green Development Mechanism bieten würden, nicht eröffnen. Sie betreiben damit eine gezielte Deindustrialisierung Deutschlands.“

Reinhard Schultz ist Geschäftsführer der Schultz Projekt Consult GmbH und sitzt seit 1994 für die SPD im Bundestag. In der gegenwärtigen Legislaturperiode ist er stellvertretendes Mitglied sowohl im Ausschuss



für Wirtschaft und Technologie als auch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Seinen Beruf übt Schulz neben der Abgeordnetentätigkeit weiter aus. Und nebenher sitzt er auch im Aufsichtsrat der Vattenfall Europe Mining AG. Und berät ebenfalls nebenher die Vattenfall Europe AG gegen Honorar. Ein Problem sieht Schultz in diesen Nebentätigkeiten nicht. Es handele sich nicht um „leistungslose Bezüge". Er sei seit Jahren im Beratungsgeschäft und habe nicht vor, es „nur noch für Buden" zu betreiben.[14] Und dem WDR erklärte er in einem Interview vom 18.01.2005: „Vattenfall Europe ist an meiner Expertise und meinem fachlichen Rat interessiert, den ich als Miteigentümer eines Beratungsunternehmens gebe, dass darüber hinaus die gesamte Energiewirtschaft in mir als Abgeordneten einen besonders sachkundigen Gesprächspartner gefunden hat, ist eine völlig andere Ebene."

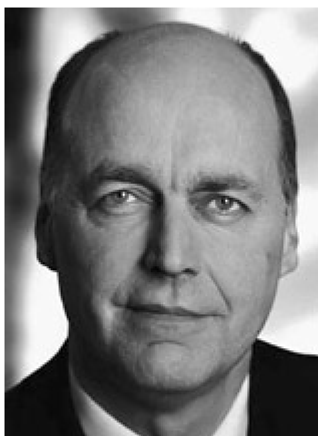
Die Sachkunde ist dokumentiert. Reinhard Schultz schreibt nämlich Briefe mit dem Wappen des Bundestages, so am 1.10.2002 an den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, in dem er Forderungen an die Koalitionsverhandlungen formulierte:

„- die Festschreibung der bisherigen Klimaschutzpolitik ohne zusätzliche Klimaschutzvereinbarung mit der Industrie und ohne Emissionshandel für die Kraftwirtschaft und Grundstoffindustrie bis 2012
- stärkeres Einbeziehen der Sektoren Verkehr und Haushalte in den Klimaschutz
- stärkerer Zubau von Anlagen zur Nutzung von Biomasse, Abbau der Förderung der Windenergie …".

Die Original-Word-Datei mit dem Schreiben gelangte in die Hände von Journalisten. Und die stellten nach Sichtung der Eigenschaften des Dokumentes fest, dass der eigentliche Autor ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Grundsatzabteilung von RWE war.

Auch anlässlich der Entscheidung der EU-Kommission über den deutschen Plan zum Emissionshandel griff Schultz wieder wortmächtig in die Tastatur seines Computers und ließ am 6.12.2006 Kanzleramtschef Thomas de Maizière und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck wissen: „Ich halte die Entscheidung der EU-Kommission für rechtswidrig. (…) Ich rate dringend, (dagegen, d.A.) … rechtlich vorzugehen, mit dem Ziel Zuteilungsregeln und einen CAP von wenigstens 476 Mio. to CO_2 durchzusetzen. Sollte dies nicht gelingen, muss geprüft werden, ob das europäische CO_2-Handelssystem nicht gesprengt werden kann."

In Presseerklärungen sprach Schultz am 24.11.2006 gar von einer „Balkanisierung der EU-Rechtstaatlichkeit beim Klimaschutz", und ließ am 29.11.2006 verlauten: „Durch die Hintertür soll erreicht werden, dass Deutschland seine CO_2-Emissionen bis 2012 um weit mehr als 21 Prozent mindert, damit trotz des Versagens vieler anderer Länder die EU insgesamt ihr 8 Prozent-Ziel noch erreichen kann."



Laurenz Meyer sitzt immer noch im Bundestag. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Bevor er 2002 in den Bundestag wechselte, war er seit 1990 Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen. Seinen Strom bezog er weiterhin zum verbilligten Mitarbeitertarif von seinem früheren Arbeitgeber VEW (2000 übernommen von RWE). Ende November 2000 zum Generalsekretär der CDU gewählt, erhielt er noch bis Ende April 2001 sein Gehalt von RWE. Ende Dezember 2004 teilte RWE nach Prüfung einer weiteren bekannt gewordenen Zahlung von 250.000 Mark aus dem Sommer 2000 mit, dass eine darin enthaltene Abfindung von 160.000 Mark zu Unrecht gezahlt worden war. Meyer hatte nach einer Freistellung für den (verlorenen) Landtagswahlkampf 2000 seine Tätigkeit als Hauptabteilungsleiter bei RWE wieder aufgenommen. Am 2. Dezember 2004 trat Meyer als Generalsekretär zurück, ließ sich den Verzicht auf das Amt aber mit 52.000 Euro versilbern. RWE löste im Frühjahr 2005 den Arbeitsvertrag rückwirkend zum 31.12.2004 – und zahlte 400.000 Euro Abfindung.

Meyer ist ein hartnäckiger Verfechter der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Bei Einführung des Emissionshandels warf er dem damaligen Bundesumweltminister Trittin die „mutwillige Gefährdung von Tausenden Arbeitsplätzen" vor.[15] Pläne seiner eigenen Parteikollegen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen, qualifizierte er als „unrealistisch" ab.[16]



Klaus Brandner ist Geschäftsführer und 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Gütersloh. Diesen Beruf übt er immer noch aus, obwohl er seit 1998 für die SPD im Bundestag sitzt. Dort ist er Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Sprecher für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik seiner Fraktion – und nebenbei seit Mai 2004 Mitglied im Aufsichtsrat der RAG AG. Die RAG dotiert ihre Aufsichtsräte mit über 20.000 Euro jährlich.

Als arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion äußert sich Brandner zu energiepolitischen Fragen im Allgemeinen nicht, verteidigte in der vergangenen Legislaturperiode aber die ökologie-kritische und industriefreundliche Haltung des damaligen Wirtschaftsministers Wolfgang Clement.



Joachim Poß kommt aus dem Wahlkreis Gelsenkirchen und gehört dem Bundestag seit 1980 an. Nebenher ist der Finanzpolitiker und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Steinkohle AG (DSK) in Herne. Diesem Unternehmen, die „schwarze“ Tochter der RAG, gehören alle Zechen in Deutschland. Poß setzt sich offen für den Steinkohlebergbau ein. Die Forderung von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, die Steinkohle-Subventionen schon 2014 auslaufen zu lassen, kritisierte er als „flachbrüstigen Populismus“ und Verletzung der Interessen des Landes.[16]



Matthias Wissmann war 1993 kurzzeitig Minister für Forschung und Technologie und nach einer Kabinettsumbildung bis 1998 Bundesminister für Verkehr. Nach dem Regierungswechsel amtierte er als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Seit 2002 ist er Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Nebenher übt er auch noch seinen Beruf als Rechtsanwalt in einer internationalen Anwaltssozietät aus, der Washingtoner Kanzlei Wilmer, Cutler, Pickering, Hale and Dorr LPP, und sitzt im Beirat der EnBW AG. Die Kanzlei wirbt mit politischer Analyse und Kontakten zur Politik.

Wissmann stellt sich beim Klimaschutz vor die Automobilindustrie und erklärte anlässlich der Diskussionen um den CO_2-Ausstoß aus dem Straßenverkehr: „Ein Ersatz der bisherigen Selbstverpflichtung zur Begrenzung des CO_2-Ausstoßes durch einen starren Richtlinienwert würde hierzulande unnötig eine Vielzahl von Arbeitsplätzen aufs Spiel setzen.“[17] In Bezug auf die Übernahme des spanischen Energieversorgers Endesa durch die Düsseldorfer E.ON aber denkt Wissmann international ganz im Sinne der Energieversorger und forderte die EU-Kommission auf, gegen spanische Auflagen für die Fusion vorzugehen: „Wenn Europa hier nicht abgehängt werden will, müssen wir die Bildung schlagkräftiger und starker Unternehmen ohne Vorbehalte und ohne nationalen Protektionismus zulassen und fördern.“[18] Ein Freund der erneuerbaren Energien ist Wissmann gewiss nicht. Schon im Juli 2002 löste er vielfache Irritationen aus, als er der Financial Times Deutschland gegenüber verlautbarte, dass die CDU im Falle eines Wahlsieges den geplanten Ausbau erneuerbarer Energien zusammenstreichen werde, weil die Stromkunden sich die Fortsetzung der bisherigen Politik nicht leisten könnten. Es kam anders.

Entflechtung tut Not!

Das Bundesministergesetz verlangt, dass Mitglieder der Bundesregierung kein weiteres Amt, Gewerbe und keinen weiteren Beruf ausüben. Auch dem Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines kommerziellen Unternehmens dürfen sie während ihrer Amtszeit nicht angehören. Entsprechend haben die Bundesminister Michael Glos und Horst Seehofer ihre Vorstands- bzw. Aufsichtsratstätigkeit mit dem Amtsantritt beendet.

Eine entsprechende Vorschrift gibt es für Bundestagsabgeordnete nicht. Zwar soll laut Abgeordnetengesetz die Ausübung des Bundestagsmandats im Mittelpunkt stehen, Nebentätigkeiten aber sind nicht ausgeschlossen. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat die Veröffentlichungspflicht bislang zu unterlaufen gewusst. Seit eineinhalb Jahren erscheint das Bundestagshandbuch sozusagen als „Weißbuch". Interessierten Bürgern und Bürgerinnen bleibt nur die mühsame Recherche in Archiven und im Internet, in Zeitschriften und Zeitungen sowie die zeitraubende Lektüre von Geschäftsberichten, wenn sie genauer wissen möchten, welchen Auftraggebern die von ihnen gewählten Volksvertreter möglicherweise noch verpflichtet sind. Selbst Angaben über die frühere Aufsichtsratstätigkeit von Bundeswirtschaftsminister Glos bei der E.ON Energie AG und der Thüga AG sind heute im Handbuch des Bundestages der 15. Legislaturperiode nicht mehr nachlesbar, sondern können nur über Archive erschlossen werden.

Die aktuellen Verflechtungen zwischen der Energiewirtschaft und der Politik sind vielfältig, wie im Anhang dokumentiert. Kein Abgeordneter muss Rechenschaft darüber ablegen, welchen Hut er gerade trägt, wenn er sich zu Energiepolitik und Klimaschutz äußert und dort seine „Strippen zieht". Aber: Demokratie braucht Transparenz!

Deshalb ist es notwendig, dass

1. der Bundestagspräsident schleunigst seiner Veröffentlichungspflicht über die Nebentätigkeiten von Abgeordneten nachkommt,

2. der Bundestag entsprechend dem Bundesministergesetz eine Ergänzung des Abgeordnetengesetzes verabschiedet, die es ausschließt, dass Bundestagsabgeordnete als Vorstände, Aufsichtsräte, Verwaltungsräte, Beiräte oder als Anwälte, Gutachter oder Berater kommerzieller Unternehmen zusätzliche Einkommen erzielen, wenn diese Unternehmen im Wirkungskreis ihrer Ausschusstätigkeit liegen.

Quellenangaben:

[1] Pressemitteilung des BMWi vom 29.11.2006
[2] www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/reden-und-statements,did=183678.html
[3] Deutscher Bundestag, Drucksache 16/1021 vom 22.03.2006
[4] u.a. Die Welt vom 5.4.2006
[5] Pressemitteilung VDEW vom 24.11.2006
[6] Pressemitteilung VDEW vom 29.11.2006
[7] http://ver-und-entsorgung.verdi.de/energiewirtschaft/energiepolitik/demonstration_am_7._februar_2007_in_berlin/rede_von_frank_bsirske
[8] www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2007/01/die-interessenkonflikte-von-ex-mep-linkohr-spd/
[9] www.europa-und-energie.de
[10] Cerstin Gammelin, Götz Hamann: Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien - Wie Deutschland regiert wird, Berlin 2006, S. 225
[11] www.hitachi-power.com
[12] www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel2.cgi?artikelnr=20701&mode=print
[13] Financial Times Deutschland vom 15.09.2006
[14] Tagesspiegel vom 17.01.2005
[15] Presseerklärung vom 18.03.2004
[16] dpa-Meldung vom 18.02.2007
[16] Neue Osnabrücker Zeitung vom 06.02.2007
[17] www.matthias-wissmann.de/?section=news&cmd=details&newsid=128
[18] Presseerklärung vom 31.06.2006

Anhang 1: Aktive Politiker mit Verbindungen zur Energiewirtschaft

Name	**Funktion bei einem Energieversorger oder verwandten Unternehmen**	**Funktion in Behörde oder Ministerium, Regierung, Parlament oder Partei oder sonstige Anmerkungen**
Brandner, Klaus	Aufsichtsrat RAG AG	SPD, MdB Arbeitsmarkt- und Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Fritz, Erich G.	Aufsichtsrat DSK Anthrazit Ibbenbüren GmbH (RAG AG)	CDU, MdB Stv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Glos, Michael	Bis November 2005 Vorstands-vorsitzender der Unterfränkischen Überlandzentrale Lülsfeld e.G. Bis 31.12.2004 Beirat E.ON Bayern AG und Beirat Thüga AG (E.ON Ruhrgas AG)	CSU, MdB seit 1976 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Hegemann, Lothar	Aufsichtsrat Deutsche Steinkohle AG (RAG AG)	Landesschatzmeister der CDU NRW
Hempelmann, Rolf	Beirat Hitachi Power Europe GmbH	SPD, MdB, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Präsident des Fußball-Zweitligisten Rot-Weiss Essen (Sponsoren: RWE und STEAG)
Kübler, Jochen K.	Aufsichtsrat EnBW Regional AG	CDU, MdL Baden-Württemberg Oberbürgermeister der Stadt Öhringen
Lammert, Dr. Norbert	Aufsichtsrat der RAG AG	CDU, Präsident des Deutschen Bundestages 1994-1997 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Meiser, Klaus	Aufsichtsrat Deutsche Steinkohle AG (RAG AG)	CDU, MdL Saarland, stv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Merz, Friedrich	Anwaltliche Vertretung der RAG AG	CDU, MdB
Moron, Edgar	Aufsichtsrat RWE Power AG	SPD, MdL NRW seit 1990 1998-2000 Parlamentarischer Geschäftsführer 2000-2005 Fraktionsvorsitzender und Vizepräsident des Landtages
Oppermann, Thomas	Beirat EnBW AG	SPD, MdB seit 2005 1990-2005 MdL Niedersachsen 1998-2003 Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen 2003-2005 Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Pfeiffer, Dr. Joachim	Beirat Hitachi Power Europe GmbH	CDU, MdB seit 2002 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie Stv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Koordinator für Energiefragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1992-1997 Mitarbeiter der Energie-versorgung Schwaben AG (heute: EnBW)
Poß, Joachim	Aufsichtsrat Deutsche Steinkohle AG (RAG AG)	SPD, MdB seit 1980 Stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Ramsauer, Günther	Stv. Aufsichtsratsvorsitzender Pfalzwerke AG (RWE)	SPD, MdL Rheinland-Pfalz
Römer, Norbert	Stv. Aufsichtsratsvorsitzender WEMAG AG (Vattenfall)	SPD, MdL NRW seit 2005 Bis Ende 2006 Gewerkschaftssekretär IG BCE Landesbezirk Bochum
Schultz, Reinhard	Aufsichtsrat Vattenfall Europe Mining AG	SPD, MdB seit 1994 Mitglied im Finanzausschuss Stv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie Stv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Mitglied im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung
Seehofer, Horst	Bis November 2005 Aufsichtsrat Donau-Wasserkraft AG, München (E.ON Energie AG)	CSU, MdB seit 1980 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Stahl, Helmut	RWE Power AG	CDU, MdL NRW seit 2000 Bis 1998 beamteter Staatssekretär im BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
Stratthaus, Gerhard	Aufsichtsrat EnBW AG	CDU, Finanzminister Baden-Württemberg
Straub, Peter	Sachverständigenbeirat Energiedienst Holding AG (EnBW)	CDU, Präsident des Landtages von Baden-Württemberg
Weiß, Gerald	Aufsichtsrat RAG AG	CDU, MdB seit 1998 1987-1991 Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kommiss. Bundesvorsitzender und Vorsitzender des LV Hessen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Wissmann, Matthias	Beirat EnBW AG	CDU, MdB seit 1976 Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union 1983-1993 wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jan. 1993 – Mai 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie Mai 1993 – Okt. 1998 Bundesminister für Verkehr

Anhang 2: Ehemalige Politiker oder hohe Behördenmitarbeiter in der Energiewirtschaft

Name	Funktion bei einem Energieversorger oder verwandten Unternehmen	Funktion in Behörde oder Ministerium, Regierung, Parlament oder Partei oder sonstige Anmerkungen
Bischoff, Werner	Aufsichtsrat RWE AG Aufsichtsrat RWE Power AG	SPD, 1995-2005 MdL NRW, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes IG BCE
Borghorst, Dr. Hermann	Vorstand Vattenfall Europe Mining AG	1981 Fraktionsassistent der SPD im Abgeordnetenhaus Berlin 1991-2001 MdA Berlin, 1993-2001 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Betriebe und Technologie 1995-2001 Stv. Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher SPD-Fraktion 1997-2001 Stv. Landesbezirksleiter Nordost IG BCE
Clement, Wolfgang	Aufsichtsrat RWE Power AG	SPD, 1989 Chef der Staatskanzlei NRW 1990 Chef der Staatskanzlei und Minister für besondere Aufgaben NRW 1995 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr NRW 1998 Ministerpräsident NRW 2002-2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
Deml, Dr. Peter	Vorstand E.ON Bayern AG	1977-1982 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Oberregierungsrat a.D.
Dreher, Dr. Burkhard	Aufsichtsrat Vattenfall Europe Mining AG	SPD, 1994-1999 Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg Ehem. Stv. Vorstandsvorsitzender der VEW AG Steering-Komitee des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung
Freese, Ulrich	Stv. Aufsichtsratsvorsitzender Vattenfall Europe Mining AG	SPD, 1994-2004 MdL Brandenburg Stv. Vorsitzender der IG BCE
Gnauck, Jürgen	Vorstand E.ON Thüringer Energie AG	1999-2003 Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten des Landes Thüringen und Chef der Thüringer Staatskanzlei
Hanisch, Dr. Rudolf	Aufsichtsrat E.ON Energie AG	1976 Bayerisches Ministerium für Arbeit und Sozialordnung 1983 Ministerrats- und Grundsatzreferent im Kabinett von Franz-Josef Strauss 1988 Leiter des Ministerbüros im Bayerischen Staatsministerium des Inneren 1993 Amtschef der Bayerischen Staatskanzlei
Hohlefelder, Dr. Walter	Vorstand E.ON Energie AG	1975-1980 persönlicher Referent des Innenministers NRW 1980-1985 BMI 1985-1986 Geschäftsführer Gesellschaft für Reaktorsicherheit 1986-1994 BMU, Abteilungsleiter Reaktorsicherheit
Kinkel, Dr. Klaus	Beirat EnBW AG	FDP, Außenminister a.D., Vizekanzler a.D.

Kollorz, Fritz	Aufsichtsrat Vattenfall Europe AG Stv. Aufsichtsratsvorsitzender RAG AG Aufsichtsrat STEAG AG	CDU, 1990-2005 MdL NRW Ehem. Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE Mitglied im Landesvorstand der CDA NRW
Linkohr, Dr. Rolf	Beirat EnBW AG Sachverständigenbeirat Energie-dienst Holding AG (EnBW) Aufsichtsrat Vattenfall Europe Mining AG, Beirat Hitachi Power Europe GmbH	SPD, 1979-2004 MdEP Sonderberater des EU-Kommissars für Energiefragen Direktor des Centre for European Energy Strategy, Brüssel
Lucassen, Hanjo	Aufsichtsrat Vattenfall Europe Mining AG	SPD, 1999-2004 MdL Sachsen Vorsitzender des DGB-Bezirks Sachsen
Mayer-Vorfelder, Gerhard	Beirat EnBW AG	CDU, Finanzminister a.D. Mitglied Präsidium DFB
Miert, Prof. Karel van	Aufsichtsrat RWE AG	1979-1985 Mitglied des Europäischen Parlaments 1989-1999 EU-Wettbewerbskommissar
Müller, Dr. Werner	Vorstandsvorsitzender der RAG AG Aufsichtsratsvorsitzender Deut-sche Steinkohle AG (RAG AG) Aufsichtsratsvorsitzender RAG Coal International (RAG AG) Aufsichtsratsvorsitzender STEAG AG (RAG AG)	1998-2002 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Schlauch, Rezzo	Beirat EnBW AG	Bündnis 90/Grüne, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt
Schleich, Dr. Albrecht	Generalbevollmächtigter E.ON Bayern AG	1984-1990 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Bundesministerium für Forschung und Technologie
Schreck, Wilfried	Aufsichtsrat Vattenfall Europe AG	SPD, 2002-2005 MdB, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Vattenfall Europe Generation AG & Co. KG Mitglied im Hauptvorstand der IG BCE
Starzacher, Karl	Beirat EnBW AG Aufsichtsrat E.ON Energie AG	SPD, Ex-MdL Hessen, 1991-1995 Landtagspräsident, 1995-1999 Hessischer Staatsminister für Finanzen Ehem. Vorstandsvorsitzender der RAG AG Steering-Komitee des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung
Strieder, Peter	Aufsichtsrat Vattenfall Europe Berlin AG & Co. KG	SPD, 1995-2004 Senator für Stadtentwicklung des Landes Berlin 1999-2004 Landesvorsitzender der SPD Berlin
Süssmuth, Prof. Dr. Dr. Rita	Beirat EnBW AG	CDU, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.
Tacke, Dr. Alfred	Vorsitzender der Geschäftsführung STEAG AG	1998-2004 Staatssekretär im BM für Wirtschaft und Technologie bzw. Wirtschaft und Arbeit
Thomauske, Dr. Bruno	Geschäftsführung Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH	1983-2003 Bundesamt für Strahlenschutz Präsidium des Deutschen Atomforums e.V.
Vogg, Dr. Stefan	Vorstand E.ON Bayern AG	1994-1995 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
Waigel, Dr. Theo	Beirat EnBW AG	CSU, Bundesfinanzminister a.D., Rechtsanwalt

Anhang 3: Offizielle Lobbyisten der Energieversorger

Name	Funktion bei einem Energieversorger oder verwandten Unternehmen	Funktion in Behörde oder Ministerium, Regierung, Parlament oder Partei oder sonstige Anmerkungen
Czernie, Dr. Wilfried	Bevollmächtigter des Vorstandes Leiter der Konzernrepräsentanz der RAG AG, Berlin	Ehem. Umwelt- und Energiedirektorat OECD Ehem. Energieabteilung des BMWi Ehem. Generalbevollmächtigter der E.ON Ruhrgas
Dirschauer, Wolfgang	seit 01.02.2007 Mitarbeiter der Klimaschutzabteilung Vattenfall Europe AG	1998-2007 Energiereferent der SPD-Bundestagsfraktion
Groeben, Gert von der	Generalbevollmächtigter der E.ON Energie AG	SPD, 1986-1998 Energiereferent der SPD-Bundestagsfraktion Mitglied im Vorstand des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung
Haberzettel, Manfred	Generalbevollmächtigter der EnBW, Brüssel	Ehem. Mitarbeiter des SPD-MdEP Dr. Rolf Linkohr
Heck, Volker	Leiter Konzernkommunikation/Public Affairs der RWE AG	Karriere bei der RWE
Hogrefe, Jürgen	Leiter Unternehmensbereich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, EnBW AG	1983 Sprecher Fraktion „Die Grünen" im Landtag Niedersachsen 1985-2003 Spiegel-Redakteur und Korrespondent
Horstmann, Axel	Konzernbevollmächtigter der EnBW für NRW	SPD, 1995-1998 Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW 2002-2005 Landesminister für Verkehr, Energie und Landesplanung
Kemper, Thomas	Abteilung Unternehmenskommunikation und Energiepolitik bei den Düsseldorfer Stadtwerken AG (EnBW)	Harpen AG (RWE) 2005-2006 Regierungssprecher NRW
Klinkert, Ulrich	Leiter Public Affairs, Vattenfall Europe AG	CDU, 1990-2002 MdB 1991-1994 Vorsitzender der AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der CDU/CSU-Fraktion 1994-1998 Parlamentarischer Staatssekretär im BMU
Knauber, Rainer	Leiter Politik und Gesellschaft der Vattenfall Europe AG	SPD, 1999-2000 Pressesprecher des Bundesverkehrsministers Reinhard Klimmt
Maldaner, Karlheinz	Leiter Konzernrepräsentanz Degussa AG (RAG AG)	Ehem. Mitarbeiter des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose
Rentz, Dr. Henning	Leiter Konzern-Energiepolitik, RWE AG	1994-1996 BMU, Referat Umwelt und Energie, Nationales Klimaschutzprogramm
Schreiber, Jens	Leiter der Konzernrepräsentanz E.ON, Berlin (ab 01.04.2007)	Ehem. Veba Oel AG Ehem. MG Technologies AG Ehem. Messe Frankfurt GmbH
Schröter Dirk	Mitarbeiter in der Politikabteilung der Vattenfall Europe AG	Ehem. Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington D.C. Ehem. Mitarbeiter des CDU/CSU-MdB Christian von Stetten

Schulz, Markus	RAG Konzernrepräsentanz, Berlin	Ehem. Geschäftsführer der CDU-Landesgruppe NRW
Werner, Klaus	Leiter der Konzernrepräsentanz E.ON, Berlin (bis 30.03.2007)	Keine vorangegangenen Verbindungen zur Politik bekannt

Herausgeber: Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, Tel. 040/306 18 – 0, Fax 040/306 18 – 100, E-Mail: mail@greenpeace.de, Internet: www.greenpeace.de
Text + Layout: Susanne Commerell, **Redaktion:** Andree Böhling
V.i.S.d.P.: Andree Böhling
Bildnachweise: Titelblatt: Bundesadler © Arnold Paul; S. 3: Michael Glos © BMWi; S. 4: Werner Müller © RAG AG, Alfred Tacke © STEAG AG; S. 5: Wolfgang Clement © BMWi, Georg Wilhelm Adamowitsch © NRW-Pressedienst, Gerd Schröder © Deutscher Bundestag (DBT), 2006, Hermann Josef Arentz © Landtag NRW; S. 6: Hubertus Schmoldt © Cintula, IG BCE, Frank Bsirske © ver.di; S. 7: Rolf Linkohr © Rolf Linkohr; S. 8: Norbert Lammert © DBT, 2006, Horst Seehofer © DBT, 2006, S. 9: Rolf Hempelmann © DBT, 2006, Joachim Pfeiffer © DBT, 2006; S. 10: Reinhard Schultz © DBT, 2006, Laurenz Meyer © DBT, 2006; S. 11: Klaus Brandner © DBT, 2006, Joachim Poß © DBT, 2006, Matthias Wissmann © DBT, 2006.
Stand: 02/2007